

# Bangkok in Flammen

Unruhen greifen nun auch auf Thailands Provinz über

VON DENIS GRAY (apn)

BANGKOK – „Brauchen dringend Hilfe von Polizei, Soldaten bei Kanal 3!!!“, twitterte Nachrichtenmoderator Patcharasri Benjamas. „Übertragungswagen wurden zerstört, und sie sind drauf und dran, in das Gebäude einzudringen.“ Wenig später sendete Kanal 3 nicht mehr, dafür hatten wütende Demonstranten gesorgt. Rauchwolken hingen über Bangkok.

Der Protest der Rothemden gegen Thailands Regierung endete gestern im Chaos. Nach wochenlangem Machtkampf stürmten die Streitkräfte das Lager in der Innenstadt, wo sich Tausende Regierungsgegner hinter Bambusstangen und Reifen verbarrikadiert hatten. Die Anführer ergaben sich zwar, doch zornige Demonstranten lieferten sich mit den Sicherheitskräften Straßenschlachten, schossen mit Granaten und zündeten Gebäude an. Bei den Schießereien gab es mindestens sechs Tote und 60 Verletzte.

Bei Tagesanbruch rückten mit M-16-Sturmgewehren bewaffnete Soldaten auf das befestigte Lager im Geschäftsviertel Rajprasong vor, wo sich Tausende Regierungsgegner seit Wochen verbarrikadiert hatten. Die Rothemden, zumeist Anhänger des gestürzten früheren Regierungschefs Thaksin Shinawatra und aus armen Bevölkerungsschichten stammend, fordern den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen. Sie werfen Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva vor, nur an die städtische Elite und nicht an das arme Landvolk zu denken.

Panzerfahrzeuge brachen durch die Barrikaden. Soldaten eröffneten das

Feuer, Rothemden schossen zurück, auch mit Granaten. Ein italienischer Pressefotograf und vier Demonstranten starben. Ein kanadischer Journalist wurde von einem Schrapnell getroffen; auch ein niederländischer Kollege und ein US-Dokumentarfilmer wurden verwundet.

## „Bitte geht nach Hause“

In aussichtsloser Situation ergaben sich sieben Anführer der Rothemden. Sie könnten nicht mehr mit ansehen, wie ihre Leute, darunter auch Frauen und Kinder, getötet würden, erklärten sie. „Brüder und Schwestern, es tut mir leid, dass ich euch nicht so verabschieden kann, wie ich euch begrüßt habe, als ihr hier ankamt. Doch bitte seid versichert, dass wir im Herzen immer mit euch sind“, sagte Nattawat Saikua bei seiner Festnahme. „Bitte geht wieder nach Hause.“

Nach neun Stunden verkündeten die Sicherheitskräfte die Einnahme des Widerstandslagers. „Polizisten und Soldaten haben ihren Einsatz nun beendet“, erklärte ein Armeesprecher. Doch die Aufgabe ihrer Anführer brachte einige der Regierungsgegner in Rage. Rasch erfassten die Ausschreitungen auch andere, bislang ruhige Teile der Zehn-Millionen-Stadt und auch andere Landesteile.

Randalierer steckten die Börse in Brand, mehrere Banken, den Sitz der städtischen Elektrizitätsgesellschaft, ein hochmodernes Einkaufszentrum und einen Kino-Komplex. Ihr Zorn richtete sich auch auf die heimischen Medien, denen sie vorwerfen, auf der Seite der Regierung zu stehen. Wie es weitergeht, war unklar.



Teilweise meterhohe Barrikaden aus Bambus und Reifen hatten Demonstranten in Brand gesetzt. Doch die Armee stürmte die Rothemden-Bastion dennoch. F.: AP

# Irans Führung schaltet auf stur

Teheran gibt sich unbeeindruckt von Sanktionsandrohung

**NEW YORK (dpa/rtr) — Die Weltgemeinschaft erhöht den Druck auf den Iran — doch dessen Führung gibt sich gelassen und will am umstrittenen Atomprogramm festhalten.**

„Wir werden wie in früheren Fällen abwarten, denn sie (die Weltmächte) werden mit einer neuen Resolution nichts erreichen“, sagte der oberste Atom-Unterhändler Ali-Akbar Salehi. „Es gibt mit Sicherheit einige kluge Leute, die dies verhindern werden“, sagte er mit Blick auf die Zwangsmaßnahmen. Tags zuvor hatten die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland einen Strafkatalog vorgestellt, der das Land zur Aufgabe oder zumindest zur internationalen Kontrolle seines Nuklearprogramms bewegen soll.

Der von US-Außenministerin Hillary Clinton präsentierte Resolutionsentwurf droht dem Iran, die Auslandskonten der mächtigen Revolutionsgarde einfrieren zu lassen, wenn sich das Land nicht internationalen Beschlüssen fügt. Zudem soll es Reisebeschränkungen für die Funktionäre geben. Konventionelle Waffen sollen einem strengeren Importverbot unterliegen.

Die USA bekräftigten, das zwischen dem Iran, der Türkei und Brasilien ausgehandelte Abkommen zum Uran-Austausch räume den Verdacht nicht aus. Das Abkommen sieht vor, dass Iran schwach angereichertes Uran in die Türkei bringt und im Gegenzug Brennstäbe für einen Forschungsreaktor erhält.

# Staatsanwalt ermittelt gegen Google

Daten aus dem offenen WLAN-Netz gesammelt — Unternehmen entschuldigte sich

**HAMBURG (apn) — Der Suchmaschinen-gigant Google ist wegen seiner umstrittenen Datensammlungen jetzt auch in den Fokus der Staatsanwaltschaft geraten.**

Wegen des Verdachts des Abfangens von Daten beim Straßenfotodienst Street View hat die Behörde ein Ermittlungsverfahren gegen unbe-

kannte Mitarbeiter der Firma eingeleitet, bestätigte der Hamburger Oberstaatsanwalt Wilhelm Möller. Der Datenabgriff sei im Zusammenhang mit Street View über offene WLAN-Netze erfolgt. Die Staatsanwaltschaft prüft jetzt, wie belastbar die Vorwürfe sind. „Es wird vor allem zu klären sein, ob das Delikt vorsätzlich begangen worden ist“, sagte Möllers.

Google hat sich dafür entschuldigt, dass in den vergangenen vier Jahren weltweit persönliche Daten aus offenen WLAN-Netzen gesammelt wurden. Auf das Problem sei man erst durch das deutsche Verbraucherschutzministerium aufmerksam geworden. „Uns ist klar, dass wir schwer versagt haben“, sagte Alan Eustace, einer der Cheftechniker.

# Rösler schon gescheitert?

Berlin: Gerüchte über endgültiges Aus für Kopfpauschale

**BERLIN (dpa) — Gesundheitsminister Philipp Rösler sieht sich dem Verdacht ausgesetzt, seine Pläne für eine Kopfpauschale seien gescheitert.**

Sein Sprecher wies dies zwar als haltlose Spekulation zurück. Am Vortag hatte das Ministerium aber die für heute geplante Sitzung der Regierungskommission für die Gesundheits-

reform abgesagt. Nun sollen die Koalitionsspitzen über Röslers Plan beraten — das umstrittene Konzept ist damit Chefsache. Die FDP trat Gerüchten entgegen, wonach die Kopfpauschale wegen des Spardrucks und des Verlusts der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat kippe. „Das Projekt wird durchgezogen“, so Fraktionschefin Birgit Homburger.

## Kurz berichtet

### Mindestlohn kommt

Für die knapp 600 000 Pflegekräfte soll es künftig einen gesetzlichen Mindestlohn geben. Laut *Berliner Zeitung* soll der Pflege-Mindestlohn zunächst bis Ende 2014 befristet sein. Eine Findungskommission hatte sich im März auf eine Lohnuntergrenze von 7,50 Euro in den neuen und 8,50 Euro in den alten Bundesländern geeinigt. (ddp)

### Hungerstreik beendet

Der inhaftierte Regierungskritiker Öl-Magnat Michail Chodorkowski (46) hat seinen Hungerstreik nach zwei Tagen abgebrochen. Das Ziel, auf die Justizwillkür in Russland und seine persönliche Lage hinzuweisen, sei erreicht. Kremlchef Dmitri Medwedew ließ mitteilen, dass er über den Hungerstreik Chodorkowskis informiert sei. (dpa)

### Fleischkleber gestoppt

Das EU-Parlament hat die Zulassung des „Fleischklebers“ Thrombin gestoppt und damit den Anspruch der Verbraucher auf „ein echtes Steak“ gewahrt. Sozialdemokraten, Linke und Grüne brachten eine hauchdünne Mehrheit von 370 Stimmen für die Resolution zustande. Die EU-Kommission wollte Thrombin auf die Liste der zugelassenen Zusatzstoffe setzen. (apn)

# Integration — viel besser als ihr Ruf

Experten: Deutschland ist angekommen in der Einwanderungsgesellschaft

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

Deutschland steht mit seiner Integrationspolitik im internationalen Vergleich besser da als erwartet. Große Herausforderungen gebe es aber vor allem im Bildungsbereich. Das sind die Kernpunkte des ersten „Integrationsbarometers“, das nun präsentiert wurde.

**NÜRNBERG** – Einen „pragmatischen Integrationsoptimismus“ und ein „belastbares Grundvertrauen“ zwischen Zuwanderern und Deutschen sieht Klaus J. Bade. Der aus Nürnberg stammende Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration und Integration präsentierte das erste Jahrgutachten des Experten-Gremiums mit einiger Zuversicht: „Deutschland ist angekommen in der Einwanderungsgesellschaft“, so der Historiker und Migrationsforscher.

## Gute Note fürs Zusammenleben

Eine Umfrage bei 5600 Zuwanderern und Deutschen lieferte dem Rat ein dichtes Bündel an Daten darüber, wie sich beide Gruppen in der Bundesrepublik fühlen. Das für manche überraschende Resultat: besser als erwartet. Der neue „Integrationsklima-Index“, bei dem man Integrationsnoten zwischen 0 (sehr schlecht) und 4 (sehr gut) geben konnte, lag im Jahr 2009 bei 2,77 (Mehrheitsbevölkerung), bei den Zuwanderern sogar bei 2,93.

Das „Schreckbild einer gescheiterten Integration“, das manche zeichnen, treffe daher nicht zu, so Bade.



Sieht mehr Fortschritte bei der Integration als viele glauben: Migrations-Experte Klaus J. Bade. Foto: oh

Allerdings wies der Expertenrat auch auf Defizite hin: „Der Problemstau im Bildungsbereich bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund belastet den Arbeitsmarkt und kann den sozialen Frieden gefährden.“ Das heißt: Weil überdurchschnittlich viele Zuwanderer schlecht oder nicht qualifiziert sind, dürfte die Schere am Arbeitsmarkt weiter auseinanderklaffen. Weil Deutschlands Bevölkerung überaltert und schrumpft, droht Fachkräftemangel. Der kann mit unqualifizierten Stellenbewerbern nicht gelindert werden, die aber die ohnehin angespannten Sozialsysteme belasten.

Daher fordern Bade und seine Kollegen eine „gezielte, auch nachholende Bildungs- und Qualifikationsoffen-

sive“ auch für bereits hier lebende Migranten. Bade: „Bildungsinvestitionen sind nachhaltiger als Bankensubventionen.“

Deutschland brauche zudem angesichts der demografischen Entwicklung eine gezieltere, bedarfsorientierte Steuerung der Zuwanderung aus Ländern außerhalb der EU mit einem an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientierten Punktesystem. Daneben müsse das Land aber auch „attraktiver werden für Qualifizierte, die erwägen, aus Deutschland abzuwandern und solche, die zögern, zuzuwandern“.

## Hohes Vertrauen ins Land

Zwei angesichts mancher Negativszenarien überraschende Aspekte des „Integrationsbarometers“: Die meisten Zuwanderer haben sehr viel Vertrauen in ihre neue Heimat Deutschland. 62 Prozent der Zuwanderer trauen der deutschen Mehrheitsgesellschaft, also ihrer Umgebung, „voll und ganz“ oder „eher“ — bei den Deutschstämmigen selbst sind dies nur 54 Prozent.

Und die „zweite Generation“ der Migranten fühlt sich zum großen Teil keineswegs als jene „verlorene Generation“, die sich innerlich von Deutschland distanzieren. Im Gegenteil: Hier geborene Kinder von Zuwanderern fühlen sich in der Bundesrepublik noch ein Stück wohler als die erste Generation — und zwar bei allen Zuwanderer-Gruppen, egal, ob Aussiedler, Türkischstämmige oder Migranten mit anderer Herkunft.

# Angriff auf größte US-Basis

Aufständische in Afghanistan demonstrieren ihre neue Stärke

**KABUL (dpa) — Einen Tag nach dem verheerenden Selbstmordanschlag mit 18 Toten in Kabul haben radikal-islamische Aufständische die größte US-Basis in Afghanistan angegriffen.**

„Fast ein Dutzend“ Aufständische seien bei den Gefechten am Stützpunkt Bagram rund 75 Kilometer nördlich der Hauptstadt Kabul getötet worden, teilte das US-Militär mit. Ein amerikanischer Vertragsarbeiter sei ebenfalls ums Leben gekommen.

Neun Soldaten seien verletzt worden.

Vier der getöteten Aufständischen wollten sich mit ihren Dynamitladungen selbst in die Luft sprengen, teilten die Streitkräfte mit. Die Angreifer hätten auch Granaten und Raketen eingesetzt. Ein Gebäude auf der Basis sei leicht beschädigt worden.

Die Truppen hätten sofort auf den Angriff reagiert, sagte ein US-Militärsprecher. Erst Ende März hatten Aufständische eine Rakete auf die Basis abgefeuert — kurz nach einem Besuch von US-Präsident Barack Obama.

# Unbefugte waren im Cockpit

Ermittler legen Erkenntnisse zu Absturz von Polens Präsident vor

**MOSKAU (apn) — Vor dem Absturz der polnischen Präsidentenmaschine bei Smolensk sind nach Angaben von Ermittlern Passagiere im Cockpit gewesen.**

Eine Schlussfolgerung über die Ursache des Unglücks am 11. April gezogen sie aber noch nicht. Ein polnischer Vertreter in der Ermittlungskommission, Edmund Klich, sagte, es sei noch unklar, ob die vom Stimmenrekorder aufgezeichneten Äußerungen von Nicht-Besatzungsmitgliedern

die Piloten dazu veranlassten, trotz Warnungen wegen schlechten Wetters und schlechter Sichtverhältnisse den Landeanflug fortzusetzen.

Ein russischer Ermittler, Alexej Morosow, sagte, die Besatzung sei erst wenige Tage vor Kaczynskis Flug zu Gedenkfeierlichkeiten nach Katyn zusammengestellt und nicht für kritische Situationen eingewiesen worden.

Bei dem Absturz kamen der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski, seine Frau und 94 weitere Insassen ums Leben.

# NÜRNBERGER Nachrichten

Herausgeber: Bruno Schnell

Chefredaktion: Heinz-Joachim Hauck, Wolfgang Schmieg, Stellvertretende Chefredakteure: Alexander Jungkunz, Michael Husarek. Chef vom Dienst: Peter Ehler. Politik: Wolfgang Schmieg; Stellvertreter: Alexander Jungkunz; Innenpolitik: Herbert Fuehr; Außenpolitik: Christian S. Krebs; Reportagen: Gudrun Bayer, Hans-Peter Kastenhuber, Arno Stoffels. Lokales Nürnberg und Nürnberger Stadtanzeiger: Hans Peter Reitzner; Stellvertretung: Martin Heid, Karin Winkler; Kommunalpolitik: Andreas Franke; Lokalreportagen: Claudine Stauer; Nürnberger Stadtanzeiger: Reinhard Schmolz; Stellvertretung: Jo Seub. Gericht: Ulrike Löw. Wirtschaft: Klaus Wonneberger; Stellvertretung: Dr. Wolfgang Mayer, Verena Litz. Feuilleton: Steffen Radlmaier; Stellvertretung: Katharina Erlenwein, Dr. Birgit Ruf. Sport: Hans Böller, Thomas Scharer. Metropolregion Nürnberg: Lorenz Bomhard; Stellvertreter: Horst Auer. Bayern: Peter Abspacher; Stellvertreter: Dr. Wolf-Dietrich Nahr. Außenredaktionen: Michael Husarek; Stellvertretung: Elke Graßer-Reitzner. Magazin am Wochenende: Evelyn Scherfenberg; Stellvertreter: Gerhard Lauchs. Berlin: Harald Baumer; München: Roland Englisch. Springerredaktion: Leo Hilde. Fürth: Volker Dittmar, Wolfgang Händel; Erlangen: Peter Millig; Forchheim: Markus Hörath; Neumarkt: Wolfgang Felner; Herzogenaurach: Rainer Groh; Pegnitz: Richard Rein; Bildredaktion: Michael Matejka, Karlheinz Daut; Stellvertretung: Stefan Hippel — Anzeigenleitung: Wolfgang Böhm, Walter Schmidt (Nordbayrische Anzeigenverwaltung GmbH), Telefon 09 11/21 60; Anzeigen-Preisliste Nr. 53 ab 1. 1. 2010). Verlag und Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg GmbH & Co., Postfach, 90327 Nürnberg; Marienstraße 9/11, 90402 Nürnberg, Telefon (09 11) 21 60 Pressehaus. Bezugspreis 24,60 € monatlich einschl. Zustell-Lohn und 1,61 € Mehrwertsteuer (Postbezugspreis 28,70 € einschl. Postvertriebsgebühren und 1,88 € MwSt.). Studenten zahlen gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung 19,30 €. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. — Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 15. des laufenden Monats schriftlich im Verlag vorliegen. — Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt, Unruhen, Arbeitskampfmaßnahmen besteht kein Anspruch auf Schadensersatz. Die gesamte Zeitung einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz und sonstigen Vorschriften nichts anderes ergibt. Darunter fallen auch alle Anzeigen, deren Gestaltung vom Verlag übernommen wurde. Jede Verwertung ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Telefon 0 30/2 84 93-0, www.presse-monitor.de

Für die Herstellung der Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Redaktion:	Nürnberg	(09 11) 2 16-24
Telefon:	Telefon	2 16-24 32
Anzeigenannahme:	Telefon	2 16-26 00
	Telefax	2 16-23 26
Abonnenten-Service:	Telefon	2 16-27 77
	Telefax	2 16-25 33
Telefon:	Fürth	(09 11) 7 79 87-0
Redaktion:	Telefon	7 79 87-30
	Telefax	7 79 87-33
Anzeigenannahme:	Telefax	7 79 87-12
Internetadresse:	http://www.nn-online.de	
Leser-Service:	leserservice@pressenetz.de	